

# **Gemeinsame Erklärung**

## **der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg**

BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT BELGIENS,  
NIEDERSACHSEN, NORDRHEIN-WESTFALEN, OBERÖSTERREICH,  
RHEINLAND-PFALZ, SAARLAND, THÜRINGEN

### **Für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft**

Anlässlich des ersten Treffens der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ sprechen sich die unterzeichnenden Mitglieder **für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft** aus und erklären:

#### **Keine Subventionen für Atomkraft**

Die Unterzeichner/innen sind davon überzeugt, dass die Förderung von Atomkraft die Entwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes behindert und den Wettbewerb zu Lasten Erneuerbarer Energieträger verzerrt. Die geplanten britischen Atomsубventionen dürfen nicht zum Wegbereiter für weitere AKW-Neubauprojekte in der Europäischen Union werden.

#### **Haftungsbeschränkungen bei Nuklearunfällen als indirekte Subvention**

Die in einigen EU-Mitgliedsstaaten vorgenommenen Haftungsbeschränkungen bei Nuklearunfällen stellen indirekte Subventionen der Atomwirtschaft dar. Aus Sicht der Unterzeichner/innen kommt es ohne strenge und europaweit einheitliche Haftungsregelungen ohnehin zu einer Wettbewerbsverzerrung, die erneuerbare Energiequellen benachteiligt. Zudem konkurrenzieren die unterschiedlichen Regelungen im Schadensfall das Gleichheitsprinzip bei der grenzüberschreitenden Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen.

#### **Kostenwahrheit bei Energieerzeugung, Stilllegung, Rückbau und Endlagerung**

Die Nutzung von Atomkraft zieht enorme Folgekosten nach sich. Weltweit gibt es zurzeit kein funktionierendes Endlager für hochradioaktive Abfälle. Können die Energiekonzerne die Rückbau- und Entsorgungslasten nicht tragen, müssen die Staaten zwangsläufig einspringen. Die Unterzeichner/innen erklären, dass damit das in den europäischen Verträgen grundlegende Verursacherprinzip in Frage gestellt wird. Sie fordern Kostenwahrheit, Kostentransparenz und eine umfassende Haftung der Betreiber für die Folgekosten der Atomenergienutzung.

Kostenwahrheit muss vor allem auch mit Blick auf die Stromerzeugung gelten. Bei der Berechnung des Strompreises müssen externe Kosten wie Endlagerung, Rückbau, Auswirkung auf die Volksgesundheit, Versicherungs- und Haftungskosten etc. miteinfließen. Erneuerbare Energien stellen sich bei einer ganzheitlichen Betrachtung der Energieerzeugung mit In-

ternalisierung dieser Kosten als sehr vorteilhaft dar. Bei Atomkraft werden die genannten Faktoren hingegen – neben den Risiken von Störfällen oder Havarien - oftmals ausgeblendet oder nur bruchstückhaft dargestellt, ganz zu schweigen von bereits erfolgten und somit „versteckten“ AKW-Subventionen in der Vergangenheit. Dem gegenüber stehen geringe externe Kosten bei der Stromproduktion durch Erneuerbare Energien.

### **Energiewende - Atomkraft ist keine Klimaschutzmaßnahme**

Das Ergebnis der UN-Klimakonferenz in Paris hat eine klare Botschaft: Fossile Energien haben keine Zukunft mehr. Allerdings darf der Ausstieg aus der Kohleenergie nach Auffassung der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg keinesfalls zu einer Renaissance der Atomkraft führen. Vielmehr gilt es, im Rahmen der Energiewende in Zukunftstechnologien und -märkte zu investieren anstatt eine fehlgeleitete Kehrtwende in die atomtechnische Vergangenheit zu vollziehen. Atomenergie kann und darf nicht zum Kohleersatz werden. Unabhängig von großen Risiken bestehender und ggf. künftiger AKW-Meiler stellen wirtschaftlich betrachtet Erneuerbare Energien und der Bereich Energieeffizienz die Atomkraft auf dem Weg hin zur Dekarbonisierung weit in den Schatten.

Es gilt nun, im Lichte des Pariser UN-Abkommens die Weichen auf nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen zu stellen. Die Atomkraft konterkariert die unionsweiten Ziele für Energie und Klimaschutz. Zudem schafft die Energiewende auf Basis von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien beträchtliche nachhaltige Beschäftigung und Wachstum auf einem weltweit wachsenden Markt. Wir fordern daher den stringenten Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie relevante Investitionen in diesen Bereichen. Es ist unerlässlich, auch weiterhin systematisch Sonne, Wind und Wasser als Energiequelle zu erschließen und breite umwelt- und energietechnologische Kompetenz aufzubauen.

Brüssel, am 2. März 2016

# Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg

## Für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft

### Hintergrund

In der Europäischen Union zeichnen sich in Bezug auf die Energiepolitik historische Weichenstellungen ab. 2016 soll laut Kommissar Maroš Šefčovič das Jahr der Ergebnisse für die europäische Energieunion werden. Im Rahmen ebendieser Verhandlungen zur Schaffung der Energieunion fordern allerdings mehrere EU-Mitgliedsstaaten eine Förderung von Atomkraft. Nuklear-Lobbyisten und staatliche Atomkraftbefürworter in mehreren Mitgliedstaaten (allen voran Großbritannien, Frankreich, Tschechien, Slowakei und weitere Länder Mittel- und Osteuropas) fordern vehement eine Renaissance der Atomkraft ein. Dabei wird die gefährliche Auffassung vertreten, Atomkraft solle als – scheinbar – umweltfreundliche Zukunftstechnologie eine wichtige Rolle einnehmen. Ebenso spricht sich die jüngste Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15.12.2015 (P8-TA-ProV (2015)044) zur künftigen Energieunion dafür aus, geeignete Rahmenbedingungen für jene Staaten zu schaffen, die die Atomenergie vorantreiben wollen.

Diese Forderung ist aus mehreren Gründen hoch problematisch. Der Neubau von Atomreaktoren ist in der EU mittlerweile gänzlich unwirtschaftlich geworden. Bei nahezu allen Bauvorhaben in den EU-Mitgliedsstaaten zeigt sich, dass neue Reaktoren auf dem Energiemarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die beiden Neubauprojekte in Finnland und Frankreich sind Jahre in Verzug und werden deutlich teurer als vorgesehen. Für den AKW-Neubau Hinkley Point C in Großbritannien sind Milliardensubventionen zu Lasten der StromverbraucherInnen erforderlich, um das Projekt realisieren zu können. Die Einführung von AKW-Einspeisetarifen, wie für Hinkley Point C und eventuell weitere Standorte in Europa geplant, wird derzeit bezüglich der Vereinbarkeit mit den Regeln des EU-Binnenmarktes gerichtlich geprüft. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die jahrzehntealte Hochrisikotechnologie Atomkraft mit Milliarden unterstützt werden soll. Angesichts der deutlich gesunkenen Preise für Erneuerbare Energien ist dies geradezu absurd. Die Forderung, über die EU eine Renaissance der Atomkraft zu erwirken, beschreitet somit einen fatalen Irrweg. Immense Kosten der Atomkraft werden aktuell von Nuklear-Befürwortern ausgeblendet, genau wie die Gefahren durch die bestehende alternde Atomflotte. Die Forderung nach einer AKW-Renaissance konterkariert den Ausbau der Erneuerbaren Energien diametral und widersetzt sich den Chancen der Energiewende.

Die AKW-Lobbyisten und Regierungsvertreter von Mitgliedstaaten gehen dabei so weit, dass sie in Brüsseler EU-Gremien atomkraftfördernde Beihilferichtlinien einfordern - die den Steuerzahler letztlich teuer zu stehen kämen. Auch pochen diese Verbündeten für eine nukleare Renaissance auf Finanzspritzen für langfristige AKW-Projekte – und wollen dafür sogar Mittel aus dem EU-Haushalt generieren. Teure und gefährliche Fehlinvestitionen mit Auswirkungen für die kommenden Jahrzehnte, wären dadurch festzementiert.

In diesem Jahr jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 30ten Mal und die von Fukushima zum fünften Mal. Diese Katastrophen haben große Gebiete unbewohnbar gemacht, vielen Menschen die Heimat geraubt und gefährden noch für eine unabsehbare Zeit die Gesundheit der Menschen. Auch 30 Jahre nach dem Super-Gau dauern die Arbeiten zur Beseitigung der Folgen in der Ukraine an.

Auch in der EU sind derartige Katastrophen nicht ausgeschlossen. Die Störanfälligkeit - bei oftmals sehr alten - Reaktoren ist hoch und Risiken für die Bevölkerung in Europas Regionen nehmen zu, wie viele Beispiele aus der letzten Zeit zeigen. Das Wiederanfahren der beschädigten Reaktoren im belgischen Doel und Tihange, begleitet von großen Problemen im Betrieb, hat der Öffentlichkeit zuletzt die enormen Risiken der grenznahen AKW vor Augen geführt. In den Reaktordruckbehältern der AKW-Blöcke Tihange 2 und Doel 3 sind bereits 2012 Tausende Risse in Druckbehältern zutage getreten, weshalb diese Kernkraftwerke seitdem mehrmals lange stillstanden. Dennoch wurde der Weiterbetrieb zuletzt für mehrere Jahre von den nationalen Behörden genehmigt.

Die Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg formiert sich, um diesem atomtechnischen Irrweg für die europäische Energiepolitik ein starkes Signal entgegenzusetzen. Es muss verhindert werden, dass im Zuge des Umbaus der europäischen Energieversorgung eine gänzlich unwirtschaftliche, veraltete Risiko-Technologie weiterhin durch Subventionen künstlich am Leben erhalten wird. Damit würde die Chance der Energiewende, durch Energieeffizienz und den Einsatz Erneuerbarer Energien die Dekarbonisierung der Energieversorgung zu erreichen, verspielt. Die Umsetzung des UN-Klimaabkommens von Paris steht nun bevor. Mitgliedstaaten, aber auch Regionen und Städte, sollen ihre Beiträge zum Klimaschutz leisten. Das Abkommen muss mit Erneuerbaren-Ausbau und Energieeffizienzmaßnahmen ambitioniert umgesetzt werden. Der Ausstieg aus den fossilen Energien darf keinesfalls durch irrige Investitionen in Atomkraft ersetzt werden.

Das Netzwerk der Gentechnik-freien Regionen ist ein sehr erfolgreiches Beispiel der Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg und dient als Vorbild, erneut einen solch internationalen Prozess, angeschoben auf subnationaler bzw. subföderaler Ebene, in Gang zu bringen. Denn die Gefahren durch Atomkraft machen nicht an Landesgrenzen Halt, weshalb regionale und länderübergreifende Zusammenschlüsse erforderlich sind.